

DER STEUERBEAMTE

in Nordrhein-Westfalen

Herausgeber: Bund Deutscher Steuerbeamten, Landesverband NW, im Deutschen Beamtenbund

Schriftleitung: Werner Bessel, Essen, Kaulbachstraße 21

1. Jahrgang

Nr. 6

September 1960

INHALT:

- Glätten sich die Wogen?
- Bewertung der Steuerbeamten
- Kampfmaßnahmen?
- Kurznachrichten
- Die Verdrossenen im Wartestand
- Sonstige Presseveröffentlichungen
- Aus dem Personalrat

Glätten sich die Wogen?

(J.A.) In den Bundesnachrichten Nr. 8/9 des Bundes Deutscher Steuerbeamten berichtet der Bundesvorsitzende, Koll. Fredersdorf, unter der Überschrift: „Auf dem Wege zur Verständigung“ über eine Besprechung, die zwischen den Vertretern der Landesfinanzminister und dem Bund Deutscher Steuerbeamten am 1. 7. 1960 stattgefunden hat. Dieses Gespräch hat eine Entspannung der Lage gebracht, die insbesondere auch in unserem Land allem Anschein nach eingetreten ist. Am 25. 7. 1960 hat in Düsseldorf ein halbstündiges persönliches und freundliches Gespräch zwischen Herrn Finanzminister Dr. Sträter und Kollegen Fredersdorf stattgefunden, bei dem wegen des bevorstehenden Ministerwechsels Sachfragen nicht erörtert wurden.

Mit dem nachstehend im Wortlaut wiedergegebenen Schreiben vom 25. 7. 1960 hat Herr Finanzminister Dr. Sträter dem Wunsch des Landesvorstandes, ihm die Sorgen und Nöte der Steuerbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen vorzutragen, zugestimmt. Das Schreiben lautet:

„Sehr geehrte Herren!

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 20. d. M., mit welchem Sie mich um ein Gespräch bitten.

Da mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß noch in diesem Monat eine Regierungsumbildung er-

folgt, die für mich mit einem Wechsel meines Amtes verbunden sein könnte, bitte ich Sie, Ihren Wunsch zunächst zurückzustellen. Ich selbst würde Wert darauf legen, daß Herr Staatssekretär Dr. Freienstein an diesem Gespräch teilnimmt und unterstelle auch, daß dies gegebenenfalls der Wunsch meines eventuellen Herrn Nachfolgers sein wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Dr. Sträter

Wir hoffen, daß dieses Gespräch nach dem inzwischen erfolgten Ministerwechsel mit Herrn Finanzminister Pütz und Herrn Staatssekretär Freienstein in Kürze in der gleichen aufgeschlossenen Atmosphäre stattfinden wird, die bezeichnend war für das Gespräch zwischen den Landesfinanzministern und den Vertretern des Bundes Deutscher Steuerbeamten am 1. 7. 1960. Wir hoffen insbesondere, daß der Finanzminister nunmehr unsere Forderung auf angemessene Bewertung der Steuerbeamten, die nach den Worten des Bundesfinanzministers „zu den am meisten geplagten Leuten im Wirtschaftswunderland“ gehören, unterstützt, so daß es auch in Nordrhein-Westfalen zu einem Miteinander anstelle des für das Gesamtwohl sicher nicht zuträglichen Gegeneinander kommen möge. Wir Steuerbeamte sind hierzu — wie wir stets betont haben — jederzeit bereit. Unsere Forderungen sind maßvoll, nicht unberechtigt und können an finanziellen Erwägungen nicht scheitern.

Bewertung der Steuerbeamten

Der Bundesvorsitzende hat am 15. Juli 1960 an den Bundesfinanzminister geschrieben:

„In der ‚Welt am Sonntag‘ vom 29. Mai 1960 haben Sie in dankenswerter Weise die schwierige Tätigkeit der Steuerbeamten anerkannt und dafür in der Öffentlichkeit um Verständnis geworben. Wir haben Ihre Darstellung in unseren Bundesnachrichten — Beilage zur Steuer-Warte — 1960 auf Seite 33 wiedergegeben.

Es ist mir ein Anliegen, Ihnen für diese Ihre Darlegungen sowie für Ihre leider immer wieder durchkreuzten und verhinderten Bestrebungen zur Vereinfachung des Steuerrechts namens der Steuerbeamenschaft aufrichtig zu danken. Ganz besonders dankbar empfindet die Steuerbeamenschaft Ihren Hinweis darauf, daß „diese Beamten zu den am meisten geplagten Leuten im Wirtschaftswunderland“ zählen. Jedoch fehlt es den Steuerbeamten an Verständnis, daß sie trotzdem in der bewertungsmäßigen Entwicklung der letzten zehn Jahre gegenüber anderen Beamtengruppen von der durchweg ersten an die fast letzte Stelle abgerutscht sind, wie ich das schon in unserer Stellungnahme zu Ihrer Beantwortung der Kleinen An-

frage — Drucksachen 1610 und 1659 — vom 2. Mai 1960 im einzelnen kurz darstellen durfte.

Ich darf mich auf diese Stellungnahme sowie auf die Besprechung mit Ihrem Herrn Staatssekretär am 2. Juli 1960 beziehen und Sie herzlich bitten, dieser Angelegenheit Ihre besondere Beachtung zu widmen, damit die Steuerbeamenschaft weiterhin Ihre Anerkennung verdient. Angesichts der jetzigen Lage bin ich ernst besorgt, ob der Leistungsstand und der Leistungswille der bewertungsmäßig gegenüber anderen Beamtengruppen außerordentlich benachteiligten Steuerbeamten sowie ein damit eng zusammenhängendes gutes Steuerklima noch weiterhin reibungslos gewährleistet sind. Diese ernste Sorge veranlaßt mich, Sie, sehr verehrter Herr Bundesfinanzminister, ganz persönlich ebenso herzlich wie nachdrücklich zu bitten, bei den Ländern eine angemessene und gerechte besoldungs- und stellenplanmäßige Bewertung der Steuerbeamenschaft zu erwirken. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß zur Verwirklichung dieses Anliegens nach dem Gespräch mit den Herren Landesfinanzministern am 1. Juli 1960 in Bonn seitens der Herren Landesfinanzminister die grundsätzliche Bereitschaft besteht.“

Kampfmaßnahmen?

(J. A.) Am 23. 7. 1960 fand in Düsseldorf die 9. Konferenz der Vorsitzenden der Landes- und Bezirksverbände des Bundes Deutscher Steuerbeamten statt. Zu Beginn dieser Sitzung erstatteten die Vorsitzenden Berichte über die Lage in den einzelnen Ländern bzw. OFD-Bezirken. Hiernach ist die Stimmung unter den Steuerbeamten — wie nicht anders zu erwarten ist — nach wie vor äußerst schlecht. Es herrscht eine allgemeine Verbitterung über die bisher in keinem Lande beseitigte Zurücksetzung der Steuerbeamten. Sollte diese Zurücksetzung in Kürze behoben werden, werden sich unter Umständen Folgen ergeben, die z. Z. noch völlig unübersehbar sind. Von mehreren Landes- bzw. Bezirksverbandsvorsitzenden wurde übereinstimmend berichtet, daß die Mitglieder des Bundes Deutscher Steuerbeamten — insbesondere die jüngeren Kollegen — ein radikaleres Vorgehen ihrer Gewerkschaft verlangen. Diesem Verlangen wird sich der Bund Deutscher Steuerbeamten auf die Dauer nicht entziehen können, wenn die für unsere Besoldung maßgebenden Stellen auch weiterhin keine Einsicht zeigen sollten. In diesem Fall — darüber bestand Übereinstimmung aller Teilnehmer der Vorsitzendenkonferenz — wird von den Mitgliedern ein harter Kurs erzwungen werden.

Der Absicht des Deutschen Beamtenbundes, einen Kampffonds zu bilden, stimmten die Teilnehmer der Vorsitzendenkonferenz unter folgenden Voraussetzungen zu:

1. Der Deutsche Beamtenbund unterstützt in vollem Umfang und nachdrücklich die Besoldungsforderungen des Bundes Deutscher Steuerbeamten (Kieler Beschlüsse),
2. Einzelverfügungen über den Kampffonds sind nur durch den Bundesvorstand des Deutschen Beamtenbundes zulässig und ausschließlich zu dem vorgesehenen Zweck. (Durchführung von Kampfmaßnahmen).

Die Frage der Bildung von Kampffonds der einzelnen Landes- bzw. Bezirksverbände wurde eingehend erörtert. Kollege Hartmann (Bezirksverband Hamburg) erläuterte den Beschluß der Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Hamburg, zur Durchsetzung der Forderung nach einer gerechten Bewertung der Steuerbeamten einen Kampffonds einzurichten und die Kollegen zu freiwilligen Leistungen aufzurufen. In der Diskussion über diesen Vorschlag wurden die möglichen Kampfmaßnahmen erörtert. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß es sehr wohl eine ganze Anzahl wirksamer Kampfmaßnahmen gibt. Es wäre verfrüht, diese Maßnahme jetzt schon in allen Einzelheiten zu erörtern. Die Ausarbeitung eines entsprechenden Aktionsprogramms wird erfolgen, wenn nicht in absehbarer Zeit die Forderungen des Bundes Deutscher Steuerbeamten erfüllt werden sollten. Die verantwortlichen Stellen sollten sich keiner Täuschung hingeben: die Frist zur Wiederherstellung der Gleichberechtigung der Steuerbeamten ist kurz. Der Bund Deutscher Steuerbeamten hat seit langem darauf hingewiesen, daß die Aufrechterhaltung der durch nichts gerechtfertigten Diskriminierung der Steuerbeamten ernste Folgen haben wird. Seit einiger Zeit haben uns insbesondere der Bundesfinanzminister, eine Anzahl von Landesministern und auch zahlreiche Abgeordnete der Regierungsparteien ihrer Wertschätzung versichert und die Qualität unserer Arbeit bescheinigt. Wir hoffen, daß diesen schönen Worten endlich auch Taten folgen werden. Auf jeden Fall wird sich die nächste Bundesvorstandssitzung, die Ende September in München stattfindet, ernsthaft mit der Frage der Kampfmaßnahmen befassen.

Kurznachrichten

Weihnachtszuwendungen für Beamte in Berlin

(W. B.) Das vom Berliner Abgeordnetenhaus inzwischen verabschiedete „Dritte Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenrechts“ sieht folgende Bestimmung über die Gewährung von Weihnachtszuwendungen vor:

Die Beamten, denen laufende Bezüge für den Monat Dezember eines Jahres in voller Höhe zustehen, erhalten eine Weihnachtszuwendung. Das gleiche gilt für Versorgungsempfänger, die für den Monat Dezember laufende Versorgungsbezüge erhalten. Das Nähere, insbesondere die Abgrenzung des anspruchsberechtigten Personenkreises, regelt der Senat durch Rechtsverordnung. Die Höhe der Weihnachtszuwendung wird jährlich durch den Haushaltsplan bestimmt.

Jubiläumsszuwendungen nunmehr auch in Niedersachsen

Das kürzlich verabschiedete niedersächsische Beamtengesetz enthält in Abweichung vom Bundesbeamtenrecht eine Vorschrift über Jubiläumsszuwendungen für Beamte, die eine Dienstzeit von 25, 40 und 50 Dienstjahren abgeleistet haben.

Die Verdrossenen im Wartestand

Hilflos schwitzt als kleine Nummer
ein Beamter, Gruppe zeh'n.

Jedermann mit gleichem Kummer
wird sein Klage lied versteh'n.

(H. Qu.) Wir waren dran. In der Nr. 31 vom 27. Juli 1960 brachte die Wochenzeitschrift „DER SPIEGEL“ als Titelgeschichte die Misere der Beamten. Wir freuen uns, daß diese von sehr viel sachlichem Niveau getragene zeitkritische Betrachtung dennoch erschienen ist. „DER SPIEGEL“ vertröstete uns im Gegensatz zu unserem Dienstherrn nur zweimal (ein enormer Erfolg). Ursache für diesen Spiegelbericht waren die in letzter Zeit im gesamten Bundesgebiet aufgeflackerten Besoldungskämpfe, nicht zuletzt aber auch die Aktivität des Bundes Deutscher Steuerbeamten und seines sehr agilen 36jährigen Chefs Hermann Fredersdorf. In einem Querschnitt bringt „DER SPIEGEL“ in kritischer Betrachtung das Wollen des Beamtenbundes und die vom Deutschen Industrieinstitut in der Form statistischer Klimmzüge dargetane Gegenäußerung.

„DER SPIEGEL“:

Konrad Adenauer garantierte dem Beamtenbundvorsitzenden: „Die Berufsgesinnung der Beamten muß auf jeden Fall erhalten bleiben und ihre gesellschaftliche Stellung gesichert bleiben. Ich werde dafür sorgen, daß ihre Besoldung ein angemessenes Niveau erreicht.“

Als Krause (Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes. Die Red.) wenige Wochen später erfuhr, was Konrad Adenauer unter „angemessen“ verstand — vier Prozent Zulage —, war er bitter enttäuscht.

SPD-Deist, vor 1933 preußischer Regierungsrat agitierte forsch: „Ein Angebot von vier Prozent würde bedeuten, daß den Beamten nicht einmal das Realeinkommen erhalten bleibt, das sie Anfang April 1957 erreicht hatten. Dies geschieht, während die Großwirtschaft unvertretbar hohe Gewinne macht und die

Deutscher Beamtenbund wünscht Erhöhung der Kantinenzuschüsse

(dbb) Angesichts der Preisentwicklung seit dem Erlaß der Kantinenrichtlinien ist der bisherige Zuschuß von 60 Pfennig täglich zum Kantinenessen der Beamten nicht mehr ausreichend, heißt es in einem Schreiben, das der Deutsche Beamtenbund am 1. 8. 1960 an den Bundesinnenminister richtete. Daher würde eine Erhöhung des Kantinenzuschusses auf täglich 1,00 DM den gestiegenen Lebensmittelpreisen eher Rechnung tragen, vor allem da ja durch die Ausgabe des Kantinenessens die Leistungsfähigkeit der Beamten gehoben werden solle. Der Deutsche Beamtenbund hat daher um Überprüfung der Höhe des Zuschusses gebeten; angesichts der veränderten Preisverhältnisse sei eine Erhöhung auf 1,00 DM täglich dringend erforderlich.

Anmerkung:

Wie lange müssen die Steuerbeamten in Nordrhein-Westfalen noch auf die bereits mehrfach zugesagte Wiedereinführung der Kantinenzuschüsse warten?

Aktienkurse und damit das Vermögen der Aktionäre von April 1957 bis Dezember 1959 um durchschnittlich 180 Prozent gestiegen sind.“

Damit geriet der alte Streit um das Problem, die Beamten „angemessen“ zu besolden, in ein neues Stadium der Interessengegensätze.

„DER SPIEGEL“:

Die Staatsdiener beobachteten jedoch mißtrauisch, daß die Einkünfte fast aller übrigen Stände weiter anstiegen, während ihr Einkommen seit 1957 durch den inflationären Trend schrumpfte, da für den Kaufkraftverlust kein Ausgleich gewährt wurde. Die Beamtenbundfunktionäre holten immer wieder ihren Stichmann, das maßstabgerechte Modell des kleinsten Marschierers der Beamtenarmee, aus der Bundeslade, um zu demonstrieren, daß eine Gehaltserhöhung fällig sei, die der Bundestag beschließen solle.

Die Beamtenbündler rechneten in ihren Publikationen den Parlamentariern vor, daß die Arbeiterlöhne in den konjunkturbegünstigten Erwerbszweigen, zum Beispiel im Baugewerbe, seit 1957 um 18 und mehr Prozent angestiegen sind. Ein Gipser, der 1957 etwa 2,50 DM Stundenlohn bekam, verdient in Großstädten heute rund sechs D-Mark, das sind 1080 D-Mark Brutto-Monatseinkommen. Ein Bundesbahn- oder Zollassistent, der dem Staat schon zehn Jahre gedient hat, steht nicht einmal halb so hoch im Kurs (Monatsgehalt seit 1. Juni 1960: knapp 500 D-Mark). Maurer verdienen in Akkordarbeit 5,80 bis 6,00 D-Mark die Stunde; Parkettleger erhalten in Hamburg sogar 6,50 D-Mark Stundenlohn, mithin mehr als 1100 D-Mark (brutto) im Monat. Das entspricht dem Einkommen eines verheirateten Amtrats (Vorbildung: Abitur) im 12. Dienstjahr.

Dazu Krause: „Daß die Wirtschaft nach ihrer ständigen Gepflogenheit alles auf die Verbraucher abwälzt, erregt niemand mehr, aber wenn die Beamten eine

angemessene Gehaltserhöhung verlangen, wird die öffentliche Meinung aufgepeitscht: „Jetzt sollen wieder die Steuerzahler bluten.“

Die Fiskaldiener rufen denn auch am lautesten nach Gehaltserhöhungen. Ihr Bund Deutscher Steuerbeamten ist die radikalste Fachgewerkschaft des Deutschen Beamtenbundes und spielt unter den anderen staatspolitischen Sektionen der Beamtenschaft etwa dieselbe Rolle wie die Industriegewerkschaft Metall im DGB.

Der Vorsitzende dieser Organisation, Amtmann Hermann Fredersdorf (36), betätigt sich seit Jahren als Vorkämpfer für das materielle und gesellschaftliche Avancement des Beamtenstandes, besonders seiner Verbandsmitglieder, die sich am heftigsten über ihre Dienstherrn beklagen.

Fredersdorf: „Die Steuerbeamten kennen aus ihrer Tätigkeit die Einkommens- und Vermögensverhältnisse aller Staatsbürger genau, so daß man ihnen nichts vormachen kann. Über die 15,2 Milliarden D-Mark Personalaufwand von Bund, Ländern und Gemeinden für Beamte, Angestellte und Arbeiter wird ein großes Geschrei gemacht, von den mehr als 15 Milliarden D-Mark Subventionen (einschließlich der rund 110 betragsmäßig nicht ausgewiesenen steuerlichen Subventionspositionen), die laut Bundeswirtschaftsminister an ‚Gerechte und Ungerechte‘ bei einer Hochkonjunktur ausgeschüttet werden, spricht man dagegen kaum.“

In einem Flugblatt wies der Steuerbeamten-Vorstand alle Bundestagsabgeordneten auf die hohen Beträge hin, die alljährlich dem Fiskus verlorengehen, weil die Steuerprüfungen der Großbetriebe mangels Personals nicht fristgerecht durchgeführt werden können.

So trommelte Opponent Fredersdorf, ein Abkömmling des friderizianischen Trommelbuben und späteren Geheimtresoriers Michael Gabriel Fredersdorf:

„Mit diesen Beträgen könnte man den größten Teil der geforderten Gehaltserhöhung finanzieren.“ Nach einem Bericht des niedersächsischen Landesrechnungshofs verfallen allein in diesem Bundesland jährlich 50 Millionen D-Mark Steuerforderungen.

Den Finanzämtern stehen nämlich nicht mehr genügend qualifizierte Kontrollbeamte zur Verfügung, um die Bilanzen und Geschäftsvorgänge der Großbetriebe im vorgeschriebenen Fünf-Jahres-Rhythmus zu überprüfen. Mitunter vergehen zehn bis fünfzehn Jahre bis zur nächsten Betriebsüberprüfung; wenn dann festgestellt wird, daß Umsatz und Gewinn in den zurückliegenden Jahren nicht ordnungsgemäß versteuert wurden, kann das Finanzamt den Fehlbetrag nicht mehr einziehen, denn Steuerforderungen verjähren nach fünf Jahren.

Die Zahl der Betriebsprüfer ist in den letzten Jahren so stark zusammengeschrumpft, weil die Industrieunternehmen diese Steuerspezialisten abwarben, indem sie ihnen hohe Lockgehälter — ein Mehrfaches der Beamtenbesoldungstarife — boten. Darüber berichtete unlängst das Zentralorgan des Beamtenbundes:

„Als der Steuerinspektor X, 35 Jahre alt, Betriebsprüfer der Konzern-Betriebsprüfungsstelle einer nordrhein-westfälischen Oberfinanzdirektion, seinem Vorgesetzten eröffnete, daß ihm ein großes Unternehmen als Steuersachbearbeiter ein Monatsgehalt von 2400 DM

und eine entsprechende Altersversorgung angeboten habe, kannte das Staunen des Vorgesetzten keine Grenzen mehr. 2400 DM — das war fast das Vierfache der Nettozüge, die der Inspektor erhielt, dazu eine Altersversorgung, die wesentlich mehr erwarten ließ als die Beamtenpension, und außerdem ein Dienst, der ihm dem oft wenig freundlichen Urteil der öffentlichen Meinung entzog — das war ein Angebot, das über alles hinausging, was er dem Laufbahn-Beamten zu bieten vermochte.“

Aber selbst dann wäre der Inspektor im Dienst geblieben. Erst als der Personalsachbearbeiter ihm eröffnete, daß es vorläufig nicht möglich sei, ihn nach zehnjährigem Inspektordienst zum Oberinspektor zu befördern, da es an Planstellen mangle, entschloß sich der Steuerinspektor, aus dem Dienst auszuschneiden.

Beamte der mittleren Laufbahn, zum Beispiel Steuersekretäre, wurden von der Industrie für 1000 bis 1500 D-Mark „eingekauft“. Viele Großbetriebe verfügen über eine „Steuerspar-Abteilung“, in der die früheren Finanzamt-Experten Qualitätsarbeit leisten. Mit ihrer profunden Kenntnis der komplizierten Steuergesetzgebung schöpfen sie alle legalen Möglichkeiten aus, Gewinne der Unternehmen zu verschleiern und stille Reserven anzulegen.

Je komplizierter das Steuerrecht wurde, desto höher stiegen die abwanderungsbereiten Beamten im Kurs. Im Bundesgebiet quittierten seit 1950 etwa 1500 Finanzbeamte den Staatsdienst, 442 allein in Niedersachsen. Diese Verlustliste wirkte sich für die Finanzbehörden um so nachteiliger aus, als es sich bei den Deserturen vorwiegend um qualifizierte Betriebsprüfer im Inspektoren- oder Oberinspektorenrang handelte.

Ihre Ausbildung kostete den Staat, der dafür besondere Fachschulen unterhält, je Inspektor etwa 10 000 DM; der Staat gab also für die 1500 ausgeschiedenen Beamten rund 15 Millionen DM Ausbildungsgelder nutzlos aus. Den Profit der Ausbildung haben jetzt die neuen Dienstherrn, die Großaktionäre der Aktiengesellschaften, und die abgewanderten Beamten selbst.

Der „SPIEGEL“-Bericht weist dann auf das Gutachten des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes Dr. Fürst hin, der unter dem Sachbetreff „Überprüfung der Angemessenheit der Besoldung“ mit wissenschaftlicher Akribie auf sechseinhalb Schreibmaschinenseiten nachweist: Die Beamtgehälter sind um 12,2 Prozent im Rückstand.

„DER SPIEGEL“:

Diese Feststellung konnte auch kein Industrieinstitut plattwalzen.

Im weiteren Verlauf erwähnt „DER SPIEGEL“ die virulent sich ausbreitende Gutachteritis, die bei der Bundesregierung mit dem berüchtigten Blessingschen-vier-Prozent-Gutachten ihren Niederschlag in einer Kabinettsvorlage fand.

Nach der Wiedergabe negativer Äußerungen von Etzel und Erhard wird auch das „süße Nichtstun“ des Bundesinnenministers kritisiert, um zum Schluß in der Kraftprobe des CDU-Bundesbahnamtmanns Brück zu enden, der die sieben Prozent der Regierung vor dem Plenum vertrat: „meine Herren, sind denn 55,00 DM kein Geld mehr oder ist es noch Geld? Ja oder Nein?“

Die Beamtengewerkschaft reagierte auf die Beschönigungen des CDU-Parlamentariers Brück allergisch und rief ihre 643 000 Mitglieder zu einer Kampfspende auf. Jeder Beamte soll von der Zulage, die er im vergangenen Monat erhielt, eine Mark an die Verbandskasse abführen.

Krause: „Schon jetzt läßt sich absehen, daß die Beamtengehälter ab 1. Januar 1961 wiederum um zehn Prozent hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben sein werden. So kann und darf es nicht weitergehen. Man zwingt uns zum Besoldungskampf in Permanenz.

Merke: Na, dann prost!

Sonstige Presseveröffentlichungen

(H. Qu.) Der Ortsverband Iserlohn des Bundes Deutscher Steuerbeamten hatte zu einer Versammlung eingeladen, in der der Landtagsabgeordnete Dorn (FDP) über Beamtenfragen im Rechtsstaat referierte. Dorn meinte, die Diskussion über die Gehaltsanhebungen sei unglücklich gewesen, weil sie falsch an die Öffentlichkeit getragen worden sei. Er beschäftigte sich in langen Ausführungen mit dem Tauziehen um die gesamte Besoldungsangelegenheit und meinte abschließend, daß dieses ganze Landesbesoldungsgesetz unzureichend sei. Die Landesregierung müsse erkennen, daß es besser sei, miteinander als übereinander zu reden. Dorn befaßte sich ausführlich mit den Verhandlungen und Beratungen dieser Sache, vornehmlich im Besoldungsausschuß. Sie seien getragen gewesen von echtem Verlangen zu einem guten Kontakt zu kommen, seien aber dann gescheitert durch allerlei Diffamierungen.

Er nahm dann Stellung zu den verschiedenen Gehaltsanhebungen. Die Lösung für den einfachen Dienst sei mehr als unbefriedigend, im mittleren Dienst seien sie auch nicht welterschütternd, während es im gehobenen Dienst einige Bewegungen gegeben habe.

Anschließend sprach der Abg. Dorn auch über die Frage der individuellen Überleitung zur Versorgung: Hier kritisierte er, daß diese auch der Geschäftsführer des Deutschen Beamtenbundes, Dr. Lenz, abgelehnt habe. Ab-

schließend meinte der Abgeordnete, die Unantastbarkeit des Rechts sei eine primäre Aufgabe des Staates. Recht und Gerechtigkeit müssen für alle gleich sein. Das aber sei bei diesem Besoldungsgesetz nicht geschehen.

(Auszüge aus der „Westfalenpost“ vom 16. 7. 1960 und „Westfälische Rundschau“ vom 16. 7. 1960).

*

„Ehrverletzende Behauptungen“ — Kritik der Steuerbeamten an Äußerungen des Innenministers — Nur sieben Sekunden Beifall! — Steuerbeamte: Innenminister wurde falsch unterrichtet — Hier sagen Leser ihre Meinung —

Unter diesen Überschriften berichteten die „Münsterische Zeitung“ (19. 7. 60), die „Westfälische Rundschau“ (19. 7. 60), der „Westfälische Anzeiger und Kurier“ (19. 7. 60) und die „Recklinghäuser Stadtnachrichten“ (22. 7. 60) über die Ausführungen unseres Landesverbandsvorsitzenden, Koll. Aßhoff, die wir in unserem Mitteilungsblatt Nr. 5 veröffentlicht haben.

*

In der Monatszeitschrift für kommunale Politik „Das Rathaus“ — Nr. 8 vom August 1960 — nahm der Abgeordnete Dorn (FDP) unter der Überschrift „Die Beamtenbesoldung in Nordrhein-Westfalen“ Stellung zum Besoldungsgesetz vom 30. Mai 1960.

Aus dem Personalrat

Veränderungen in den Personalräten

(W. H.) In der Sitzung des Hauptpersonalrates, die am 29. Juli 1960 in Köln durchgeführt wurde, legte der bisherige Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Koll. Flitsch (Köln), wegen Erreichung der Altersgrenze sein Amt und gleichzeitig sein Mandat als Mitglied des Hauptpersonalrats nieder.

In der gleichen Sitzung wurde Koll. Clouth (Düsseldorf) einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Hauptpersonalrats gewählt. Als ordentliches Mitglied rückte Koll. Krokowski (Münster) in den Hauptpersonalrat ein.

Der Bezirkspersonalrat Köln wählte zum neuen Vorsitzenden Koll. Küffner.

Da Koll. Clouth aufgrund seiner Wahl zum Vorsitzenden des Hauptpersonalrats seinen Vorsitz im Bezirkspersonalrat niederlegte, wurde zum neuen Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats Düsseldorf Koll. Hagedorn gewählt.

Allen neu gewählten Kollegen unseren herzlichen Glückwunsch.

Personalratswahlen in Nordrhein-Westfalen

(W. B.) Nach den gesetzlichen Vorschriften müssen die Personalratswahlen in den Monaten Oktober oder November durchgeführt werden. Der genaue Wahltermin steht noch nicht fest. Die Wahlvorschläge für den Hauptpersonalrat und für die Bezirkspersonalräte bei den Oberfinanzdirektionen Düsseldorf, Köln und Münster werden vom Landesverband bzw. von den einzelnen Bezirksverbänden des Bundes Deutscher Steuerbeamten den Wahlvorständen eingereicht werden. Für die Einreichung der Wahlvorschläge bei den Finanzämtern sind die einzelnen Ortsverbände zuständig.

Wir werden in unserem nächsten Mitteilungsblatt ausführlich über die bevorstehenden Personalratswahlen berichten.

Beamtinnen, Beamte und Anwärter!

Die Personalratswahlen in
Nordrhein-Westfalen stehen vor der Tür!

Wahrt Eure Interessen!

Stärkt Eure Berufsvertretung!

Über 10000 Steuerbeamte

haben in zwei Großkundgebungen dem Bund

Deutscher Steuerbeamten das Vertrauen ausgesprochen.

Bleibt konsequent!

Wählt nur die Kandidaten des

Bundes Deutscher Steuerbeamten!